

**Die Frauenmobilisierung.**

Im Rahmen einer Versammlung der Reichsorganisation der Hausfrauen Oesterreichs (Sektion Alsergrund) sprach gestern die Vizepräsidentin der Höhe Frau Fanni Freund-Marcus über die Frauenmobilisierung. Sie berichtete über die gemeinsamen Beratungen der Frauenorganisationen, die, der Aufforderung der Behörde entsprechend, bereits in den allernächsten Tagen ihre Vorschläge und Forderungen zur beabsichtigten Frauenmobilisierung vorlegen werden. Die Vorschläge der Frauenvereine, die in jeder Organisation einzeln beraten wurden, gipfeln, wie die Vortragende ausführte, erfreulicherweise sämtlich in den gleichen Forderungen, die im Falle der vermehrten Frauenarbeit und der Heranziehung der Frauen zum öffentlichen Dienst von den Behörden die Ausgestaltung des Mutter- und Jugendschutzes verlangen, damit die Frauen in der Lage sind, die an sie gestellten Anforderungen im öffentlichen Dienst ohne Sorge erfüllen zu können. Die Frauenmobilisierung soll dreierlei Arbeiterinnen für den öffentlichen Dienst heranziehen: weibliche Kräfte für manuelle und Maschinenarbeit, für die die bisher derart erwerbenden Frauenklassen in Betracht kommen, dann für Intelligenzarbeit, die von gebildeten und Intelligenzberufe bereits ausübenden Frauen geleistet werden soll, und schließlich für die wirtschaftliche Arbeit in den sozialen Wohlfahrtsinstitutionen. Die Frauen werden auf all diesen Gebieten gute Arbeit leisten, wenn sie den Ernst der Zeit einmal voll erfaßt haben. Viele Frauen sind in ihrer Erkenntnis bereits so weit und erscheinen für die öffentliche Arbeit prädestiniert. Die Vorschläge der Frauenorganisationen, unter denen sich alle großen Frauenvereine befinden, beziehen sich vor allem auf die Feststellung der möglichen Arbeitsleistungen der Frauen, auf die Einteilung der Arbeitszeit (für die Hausfrauen etwa Nachmittagsbeschäftigung) und auf die Ausgestaltung der Mutter- und Jugendschutzinstitutionen, die während der Aera der Frauenarbeit vom Staate unterstützt und gefördert werden müssen. Alle Frauen, so schloß Frau Freund-Marcus ihre Ausführungen, seien bereit, die von ihnen verlangte Arbeit zu leisten, wenn die Forderungen nach der wirtschaftlichen Fürsorge, insbesondere der Erhaltung der Jugendschutzinstitutionen, von seiten des Staates erfüllt werden. Die Ausführungen der Vortragenden fanden in der gut besuchten Versammlung reichen Beifall.